Ressort: Politik

Regierung will stärker gegen Gewalt in Migrantenfamilien vorgehen

Berlin, 27.02.2019, 07:05 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will Gewalt gegen Frauen in Migrantenfamilien stärker als bisher bekämpfen. "Wer in unserem Land schwere Gewaltverbrechen begeht - wie häusliche Gewalt, Vergewaltigung oder Genitalverstümmelung -, wird verfolgt und hart bestraft. Wir brauchen aber auch mehr Anstrengungen auf allen Ebenen, damit es gar nicht erst zu Gewalt kommt und Frauen wirksam geschützt werden", sagte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), den Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland" (Mittwochsausgaben).

Dazu hat die CDU-Politikerin einen neuen "Förderschwerpunkt Frauen" in ihrem Ressort eingerichtet; 6,5 Millionen Euro sollen in diesem Jahr in Projekte zur Gewaltprävention fließen. "Hier gibt es zahlreiche erfolgreiche Ansätze", sagte Widmann-Mauz, die auch Vorsitzende der Frauen-Union ist. Dazu gehöre, dass "schon länger hier lebende Männer mit neu zugewanderten Männern unmissverständlich über Frauenrechte und Gleichberechtigung in Deutschland reden - auch in ihrer Muttersprache. Deshalb unterstütze ich Gewaltschutzprojekte, in denen gezielt männliche Mediatoren ausgebildet werden", so die Integrationsbeauftragte weiter. Zugleich müssten betroffene Frauen über Hilfsangebote besser informiert werden. Am Mittwoch kommen 40 Experten zu einem Austausch über Frauengewaltschutz ins Bundeskanzleramt. Widmann-Mauz wird gemeinsam mit dem Psychologie-Professor und Trauma-Experten Jan Ilhan Kizilhan einen neuen Ratgeber für geflüchtete und neu zugewanderte Männer vorstellen. Der Ratgeber klärt über Frauenrechte und Gewaltschutz auf, informiert über rechtliche Grundlagen und Gesetze und zeigt Wege aus der Gewalt. "Jeder Eingriff in die persönliche Integrität eines Menschen, vor allem durch sexualisierte Gewalt, führt zu einer schweren physischen und psychischen Wunde, die ihre Narben bei den Betroffenen und bei der Gesellschaft hinterlässt", sagte Kizilhan, der auch traumatisierte Jesidinnen, die in IS-Gefangenschaft waren, betreut hat, den Zeitungen des "Redaktionsnetzwerks Deutschland".

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-120723/regierung-will-staerker-gegen-gewalt-in-migrantenfamilien-vorgehen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619